

Corona-Special: Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auf kommunale Konflikte.

Teil II: Erleben wir eine Erosion des Vertrauens in Institutionen?

*Liebe*r Leser*in von Streit&Struntz,*

*während zu Beginn der Corona-Pandemie das Vertrauen der Bevölkerung in die Exekutive noch in ungekannte Höhen stieg¹, sah sich eine Gruppe an Forscher*innen unter anderem von der Universität Bonn und der Stiftung Wissenschaft und Politik schon im April 2020 dazu veranlasst, einen Maßnahmenkatalog² zu verfassen, der die Bundesregierung neben vielen eher technischen Empfehlungen auch zu einem „Schutz der Demokratie vor gesellschaftlicher Radikalisierung und einem massiven Vertrauensverlust in demokratische Abläufe und Institutionen“ aufforderte. Was aus heutiger Sicht wie eine unbeabsichtigte Prophezeiung klingt, stellt mittlerweile staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen vor große Herausforderungen.*

Woher kommen das sinkende Vertrauen und die Politikverdrossenheit vieler Menschen? Abseits von Vorfällen, die viel mediale Aufmerksamkeit bekamen, wie der sogenannten „Masken-Affäre“, bei der Mandatsträger durch Privatgeschäfte mit Masken hohe Provisionen erhalten haben, finden sich zahlreiche tiefergehende Erklärungsversuche:

Der Soziologe Hartmut Rosa beschreibt etwa in einem Interview in der TAZ den Ursprung des Misstrauens auf sehr grundsätzliche Weise: „Die Grundbeziehung zur Welt ist das Atmen. Und die fundamentalste Form der Weltbeziehungsstörung ist, wenn ich dem Atmen nicht mehr trauen kann, wenn ich nicht mehr unbesorgt ein- und ausatmen kann. Ich brauche jetzt einen Filter zwischen mir und der Welt. Das ist eine größtmögliche Verunsicherung, denn der Erdboden und die Luft sind das Fundamentalste, was wir kennen. Ich kann mir selbst nicht mehr trauen – vielleicht ist das Virus schon in meinem Körper. Und ich kann den anderen nicht mehr trauen – vielleicht stecken sie mich an. Wenn die Weltbeziehung von einem derart fundamentalen Misstrauen geprägt ist, habe ich auch wenig Grund, meinen Politikern zu trauen. Hier fundamentalisiert sich also das Misstrauen und dadurch könnte eine neue Form von Wutbürgertum entstehen.“³

Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten gibt einmal im Monat, an jedem ersten Freitag, einen Anstoß für neues Denken zu Konflikten im kommunalen Raum. Es lädt ein zu einer Online-Diskussion, mit der das Thema vertieft wird. Das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. schafft damit ein Dialogformat für den Austausch zwischen Praxis der Konfliktbearbeitung, Konfliktberatung und Wissenschaft.

Einen weiteren Erklärungsansatz aus soziologischer Sicht bietet Martin Schröder in einer Round-Table Diskussion der Universität Marburg: Die Unzufriedenheit mit der Politik sei auch so erklärbar, dass sie vor allem eine Unzufriedenheit mit der allgemeinen Situation in der Corona-Krise zeige.⁴ Viele Menschen erlebten wirtschaftliche Unsicherheit, Zukunftsängste und große Einschränkungen vieler gewohnter Freiheiten. Die Politiker*innen der Regierungsparteien würden als diejenigen angesehen, die für das Lösen der Probleme zuständig sind.

¹ Auf die Frage, wie die Bundesregierung ihre Arbeit mache, antworteten vor der Pandemie rund 60 Prozent der Befragten »eher gut«. Im Mai/Juni 2020 stieg dieser Wert auf über 80 Prozent. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer, 10.07.2020.

² https://2020news.de/wp-content/uploads/2021/03/Strategiepapier-BMI-24.03.2020_online.pdf

³ <https://taz.de/Soziologe-Hartmut-Rosa-im-Gespraech!/5763329/>

⁴ <https://www.op-marburg.de/Marburg/Politik-im-Spannungsfeldzwischen-Populismus-und-Pandemie>

Eine allgemeine Verunsicherung und Unzufriedenheit in der Bevölkerung bietet dann anti-demokratischen, nationalistischen und rechtspopulistischen Gruppierungen Anknüpfungspunkte und ein wachsendes Potenzial zu mobilisieren und Menschen politisch zu binden.

Kommunen kommt in Bezug auf die Frage nach Vertrauen in politische Institutionen eine besondere Rolle zu, weil sie nah dran sind an den Lebenswelten der Menschen. Kommunale Entscheidungsträger*innen sind „greifbarer“ und ansprechbarer und gleichzeitig das Gesicht für viele Entscheidungen, die auf anderen politischen Ebenen getroffen werden. In Konflikten und schwierigen Situationen sind sie hingegen oft diejenigen, die auch die Frustration der Menschen oder die Auswirkungen von Bundesentscheidungen zuallererst zu spüren bekommen. Das zeigt sich ganz besonders im Umgang mit der aktuellen Corona-Pandemie und z.B. bei den Mitarbeitenden in den Gesundheitsämtern. Werden diese Behörden als Schutz, als Kontrollinstanz, als vom realen Geschehen abgehoben oder als unnötige Bürokratie verstanden? Wofür werden sie verantwortlich gemacht und was haben sie tatsächlich zu verantworten? Welche Rolle wird ihnen zugeschrieben und wie möchten sie selbst gesehen werden?

Es geht also auch darum, welches Vertrauen kommunalen Institutionen in der Krise dauerhaft zugesprochen wird. Denn Dr. med. Peter Tinnemann, ehemaliger Leiter des Gesundheitsamts Nordfriesland, plädierte bereits im April 2020 zusammen mit Michael Knipper in einem 5-Punkte-Plan für eine zunehmende Bekämpfung der Pandemie auf lokaler Ebene: „Egal wie die Maßnahmen im Einzelnen aussehen mögen, die Zahl der Übertragungen wird erneut zunehmen und dabei regional sehr unterschiedlich verlaufen. Aber für diese Herausforderung gibt es bereits eine konkrete Lösung: Der konsequenten Infektionsbekämpfung auf lokaler Ebene muss jetzt eine noch entscheidendere Rolle zukommen“⁵.

In unserer Mai-Ausgabe von „Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten“ interessiert uns, wie Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft auf kommunaler Ebene diesen Vertrauensverlust erleben. Mit welchen Herausforderungen sehen sich kommunale Institutionen konfrontiert, wenn Akteur*innen, die diese Lage für andere politische Ziele zu nutzen beabsichtigen, zunehmend eine breite Mobilisierung gelingt? Wie geht es Verantwortlichen für die kommunalen Gesundheits- und Sozialaufgaben, wenn sie innerhalb von Rahmenvorgaben handeln müssen, sich aber mit dem Widerstand aus der Bevölkerung konfrontiert sehen? Wo werden vielleicht auch Chancen und Potenziale für zukünftige Krisen und Veränderungsprozesse sichtbar? Gibt es etwas, das Gesellschaft vom Umgang der Kommunen mit der Pandemie lernen kann? Und welche Rolle kommt zivilgesellschaftlichen Akteuren zu, die sich mit Konfliktbearbeitung beschäftigen?

Diese und weitere Fragen wollen wir im zweiten Teil unseres Corona-Specials am **Mittwoch, den 26. Mai 2021 von 17:00-18:00** Uhr mit **Dr. med. Peter Tinnemann**, *Facharzt für Öffentliches Gesundheitswesen, ehemaliger Leiter des Gesundheitsamts Nordfriesland und Forscher am Institut für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitsökonomie der Charité - Universitätsmedizin in Berlin*, und **Christof Starke**, *Geschäftsführer des Friedenskreis Halle e.V.* diskutieren. Nach zwei kurzen Wortbeiträgen der Inputgeber möchten wir Sie herzlich dazu einladen, eigene Fragen zu stellen, zu kommentieren und mitzudiskutieren.

Diese Ausgabe von *Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten* ist Teil einer Reihe von Veranstaltungen im Frühjahr und Sommer 2021, die den Blick auf **Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auf kommunale Konflikte** richten möchten. Wir wollen in den Austausch treten mit Forscher*innen und kommunalen Entscheidungsträger*innen, Betroffenen und Konfliktbearbeiter*innen, wollen zuhören, nachdenken und kritisch diskutieren.

Das Online-Gespräch wird via Zoom stattfinden. Bitte melden Sie sich per E-Mail zum Online-Gespräch an: Lena Heuer heuer.konfliktberatung@vfb-saw.de. Die Zugangsdaten zur Zoom-Veranstaltung werden kurz vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail an alle angemeldeten Personen verschickt.

⁵ <https://background.tagesspiegel.de/gesundheit/5-punkte-plan-fuer-lokalen-infektionsschutz>

Das [Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung](https://www.vfb-saw.de/projekte/kompetenzzentrum-kommunale-konfliktberatung/) bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen Unterstützung bei der Bearbeitung von akuten oder latenten Konflikten an. Der methodische Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung sieht ein allparteiliches, ressourcenorientiertes und auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtetes Vorgehen vor.
Weitere Informationen: <https://www.vfb-saw.de/projekte/kompetenzzentrum-kommunale-konfliktberatung/>

Sie können unsere Arbeit gerne mit einer Spende unterstützen. Bitte geben Sie hierfür den Verwendungszweck „Kompetenzzentrum KKB“ an.

Spendenkonto: Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.:

IBAN: DE39 8105 5555 3000 0115 19

BIC: NOLADE21SAW; Sparkasse Altmark West

Spenden sind steuerlich absetzbar. Um eine Spendenquittung zu erhalten, geben Sie bitte Ihre Anschrift an.



Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



Europäische Union



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung